Explizit.Net Beitrag 30. September 2013
Aktualisiert Webversion 9-2013

Amerikas Weltpräsident und die Atomfatwa

Obamas Spagat zwischen Nation und Welt in Mittelost

Nachdem Barack H. Obama Dienstag vor New Yorks UN-Forum sprach, erwogen einige dies: wenn es auch noch kein Amt für einen Weltpräsidenten gibt, so sollte es dies in drei Jahren geben, um es ihm dann anzutragen. Denn seine heißkalte Rede geriet schön und traurig, amerikanisch und globalistisch. Sie barg alles, wonach sich heute manche sehnen: Ausgleich, Konzilianz, Weltfrieden, Weltregierung und die Extrasorge in Mittelost sowie einen starken Arm für die Armen und Unterdrückten, jedoch in allen Regionen der Erde.

Dann kamen Zweifel über die Rede vom 24. September auf. Sind die hohen Ziele realistisch, wie sie dargestellt wurden und umgesetzt werden sollen, was sagte der Präsident zu Mittelost oder über Iran?

Foto: Eric Draper, Wiki

Präsident George W. Bush und Barack H. Obama im Weißen Haus am 10. November 2008

Taktiken

Er beende eine Kriegsdekade. Vor fünf Jahren, meinte Präsident Obama zum Weltforum, dienten auswärts 180.000 Amerikaner. Heute seien alle US-Truppen zurück aus Irak. Im Folgejahr werde die Koalition ihren Krieg in Afghanistan beenden, denn sie erfüllte ihre Mission, den Kern al-Qaidas auszuschalten, der Amerika 9/11 besorgte. Dies Land wende sich vom Dauerkrieg ab, hole das Militär heim. Er verfolge nur jene durch Drohnen, die es bedrohen, nicht anders und risikolos ergriffen werden könnten, ohne Zivilisten zu treffen.

Zuschauer fragten, ob der Weltfrieden nahe. Indes mischte sich die harte Realität ein. Die Idee, reize man den Gegner nicht durch seine bewaffnete Präsenz, reagiere er freundlich, hat die Geschichte allzu oft widerlegt. Der Gedanke, den Krieg auf eine Gruppe wie

al-Qaida zu reduzieren, erwies sich als falsch. Der Gegner ist weder eine Gruppe noch eine Taktik. Ihn verkörpern all jene Aktivisten, die Menschen überwältigen und unterwerfen.

Ihre Ideologie mag ab 1700 gereift sein, als das Ringen um den wahren Islam mit der Globalisierung in der euroamerikanischen Moderne zu kollidieren begann. Zwei Dekaden vor dem Ersten Weltkrieg floß sie in Kriegspläne ein, darunter in Berlin und Istanbul. Den Globalimpuls erhielt sie durch die deutsch-osmanische Jihadisierung des Islam am Anfang des 20. Jahrhunderts. Berlin machte acht Islamistengruppen zur Basis dieses Jihadkriegs in Afrika, Asien und Europa.

Als neunte Gruppe kam die Muslimbruderschaft 1928 hinzu. Als ihr Hitlers Berlin half, zweigte sie sich am Nil aus. Im Schatten des Kalten Kriegs florierte sie nach 1945 weiter in Westeuropa. Durch nationalistische Militärs in Mittelost verfolgt, etablierte sie sich mittels Petrodollar in Genf, Hamburg, München und Aachen. Dort plante al-Qaida 9/11.

Zwar meinte Präsident Obama, als Ergebnis seiner und der Alliierten Arbeit sei die Welt stabiler als 2008. Jedoch hob er seine These selbst auf: In Kenia hätten Terroristen viele Unschuldige in einer Kaufhalle getötet. Auch in Pakistan, wo ein Suizidbomber hundert Menschen vor einer Kirche umbrachte. Im Irak sei der Tod ein Horror im Alltag, indes al-Qaida in Regionalnetzen aufgehe. Diese bleibe eine ernste Weltbedrohung, obwohl sie keine Anschläge der 9/11-Art mehr erzielte.

In der Tat, ihr Chef Aiman az-Zawahiri setzt auf viele „terroristische Nadelstiche", die den Westen ruinieren sollen. Jener Mallangriff in Nairobi gilt als Muster eines Taktikwechsels von Islamisten. Offen ist, ob dafür Somalis aus Minnesota in den Terrorverein ash-Shabab rekrutiert wurden, ein Allierter al-Qaidas.

Spagat

Präsident Obama hat *nicht* den grundsätzlichen Kampf der pro- und antidemokratischen Ideologen benannt, der Konflikte vertieft. Im Gegenteil, im Bestreben, Gemeinsames zu suchen und Trennendes zu bemänteln - anstatt umgekehrt zu finden, wo tiefe Differenzen liegen, ob und welche Brücken es gibt -, nährt er Illusionen. Und er wirkt im Spagat national und als „Weltpräsident". Zuweilen verfehlte er Resolutheit oder lenkt sogar vorauseilend ein, den Sachstand verkennend. Dies erhellen seine Worte über Mittelost und Iran vor der UN.

Obama sagte, in seiner übrigen Präsidialzeit alle Elemente der Macht Amerikas in Mittelost einzusetzen, auch der militärischen, um die Kerninteressen seines Landes zu sichern wie den freien Energiefluß von dieser Region in die Welt. Er wolle jeder Aggression gegen Alliierte und Partner widerstehen. Obwohl Amerika die Abhängigkeit vom Erdöl weiter reduziere, würden andere davon abhängen, und ein starker Bruch mag die Weltökonomie de-stabilisieren.

Er werde Netzwerke von Terroristen ausschalten, die sein Land bedrohen. Wo möglich, arbeite er mit Nationen, um Wurzeln des Terrors zu beseitigen. Sei es zu Amerikas Verteidigung geboten, so werde er *direkt* aktiv werden. Er würde keine Waffen der Massenvernichtung tolerieren, weder die Entwicklung noch ihren Einsatz (aber seine Roten Linen besagten wenig). Er weise A-Waffen zurück, ebenso um das Wettrüsten zu stoppen.

In Amerikas Interesse sei ein friedliches und blühendes Mittelost. Er fördere Demokratie, Menschenrechte und Freimärkte. Doch Amerika könne dies weder einseitig noch durch Gewalt erlangen. Der Irak bezeuge, daß Demokratie nicht durch Gewalt auferlegt werden kann. Am besten wäre, mit der Weltgemeinschaft und den Völkern zu arbeiten. Zweierlei stehe jetzt im Zentrum: Irans Griff zur A-Waffe sowie der arabisch-israelische Zwist (Amerikas Präsidenten glaubten oft, den Konflikt von 130 Jahren in drei Jahren Amtszeit lösen zu können. Sie drängen sich in Fallen und Israel zu irreversiblen Fehlern).

Atomfatwa

Amerika und Iran wären seit der islamischen Revolte 1979 zu lange isoliert gewesen. Die Iraner beschwerten sich über Amerikas Einmischung, indes Irans Regime Amerika zum Feind erklärte, Amerikaner tötete und dessen Alliierten Israel Zerstörung angedroht habe.

Alles sei nicht gleich zu lösen. Aber wenn Bedenken gegen Irans Atomprogramm fielen, sei eine Beziehung von gegenseitigem Interesse und Respekt möglich. Seit er im Amt sei, schrieb er an den Obersten Führer Ali al-Khaminai und President Ruhani, die Atom-Frage besser friedlich zu regeln. Aber er sei entschlossen, diese an Nukes zu hindern. Er suche nicht Regimewechsel. Doch muß sich Iran an Verträge und UN-Beschlüsse halten. Der Oberste Führer habe eine Fatwa gegen die Entwicklung von A-Waffen erlassen und Präsident Hasan Ruhani habe eben bestätigt, Iran werde niemals eine Nuklearwaffe entwickeln.

Soweit Obama und Teheran. Beide Außenminister, John F. Kerry und Muhammad Javad Zarif, trafen sich am Freitag und leiteten den Dialog zum Atom in New York ein. Zugegen waren auch die Beauftragte für Auswärtiges der Europäischen Union, Catherine Ashton, sowie die Außenminister Chinas, Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens und Rußlands. Am 15. und 16. Oktober soll es in Genf in einem Zeitrahmen von etwa *einem Jahr* zur Lösung des Disputs weitergehen.

Nach allem fragt es sich, ist das die Zeit, die Iran brauchte, um vollendete Tatsachen zu schaffen?

Besagte Fatwa, ein Rechtsbescheid, kam 2004 auf. Die staatliche Nachrichtenagentur IRNA verbreitete sie auch am 10. August 2005 zum Wiener Treffen, wonach die Produktion, Anhäufung und der Einsatz von A-Waffen verboten sei (*haram*). Doch blieb sie unwirksam. Aber sie erscheint weder auf al-Khaminais Website noch auf der seiner Dokumentaristen. Wohl hängt es mit Hardlinern zusammen, die auch Ruhanis Konvoi bei seiner Heimkehr in Teheran blockiert und ihm einen Schuh entgegen geschleudert haben. Eine Zornesgeste.

Das Problem: Obama verleiht Irans Regime voll Legitimität, laut al-Khaminai einer „klerikalen Demokratie“. Zwar ist der Kalte Krieg vorbei, doch bestehen Grundlagen und Teile fort. Sie entfalten sich, ändern ihre Formen und ziehen sich in alle Länder hinein. Glaubt Obama an Koexistenz zwischen Demokratie und Islamokratie? Die Sowjets suchten Koexistenz aus Schwäche durch A-Waffen - bis zur Implosion ihres eigenen Reichs.

Wolfgang G. Schwanitz

Mehr in *Islam in Europa, Revolten in Mittelost*, Neuerscheinung, 10. Juni 2013: Buch in Berlin bestellbar.